

Da wiehert der Amtsschimmel

Meinungen und Anregungen unserer Leser zu diesem und jenem Thema

Ratingen. Eine Reihe von aktuellen Themen bewegte zahlreiche unserer Leser dazu, den Kontakt zur Wochenblatt-Redaktion zu suchen – sei es, weil sie Stellung nehmen wollten zu unserer Berichterstattung, sei es, um auf Missstände von allgemeinem Interesse hinzuweisen. Hier eine Auswahl:

Nach sieben Monaten noch keine Antwort

Sieben Monate hat Horst Perski gewartet. Jetzt reicht es ihm. Am 28. Februar 2017 hat er Bürgermeister Klaus Pesch angeschrieben und um Auskunft zum Stand der Dinge beim Ausbau der L239 zwischen Ratingen und Mettmann gebeten. Eine Antwort hat er bis heute nicht, obwohl er, wie er sagt, im Juli im Bürgermeisterbüro an sein Anliegen erinnert hat.

Nachdem der Ratinger Bürger auf diesem „besseren Feldweg“ in einen Beinahe-Unfall verwickelt wurde, erkannte er, dass dieser Straßenzustand „nicht nur rechtswidrig, sondern auch konkret gefährdend“ ist. Horst Perski ist Bauingenieur, er hat bis zu seiner Pensionierung selbst im Verkehrsministerium gearbeitet. Er kennt sich also mit Straßenbaurichtlinien aus, aber auch mit Zuständigkeiten. Er weiß daher, dass die L239 in der Straßenbaulast des Landes liegt. Gleichwohl hat er sich an die Stadtverwaltung gewandt, denn schließlich müsste doch die Stadt Ratingen selbst das größte Interesse an ordnungsgemäßen Straßen auf ihrem Gebiet haben. Perski weiß: Der Zustand der L239 hat an den schlimmsten Stellen einen Punkt erreicht, an dem man die Straße fast schon sperren müsste für den Durchgangsverkehr. Dass sich nach den punktuellen Baumaßnahmen (Schwarzbachbrücke, Hausabrisse) seit Monaten nichts mehr tut, lässt ihm deshalb keine Ruhe.

Doch der Sachbearbeiter in der Verwaltung, an den Perski zuerst gerät, sei ihm auf seine Frage „mit völligem Unverständnis“ begegnet, schreibt er an den Bürgermeister. Nach seiner Beschwerde beim Baudezernenten sei er nach drei Wochen erneut bei dem betreffenden Sachbearbeiter gelandet, der ihm seine Frage aber erneut nicht beantwortet hat. Dabei ist sie eigentlich einfach. Sie lautet: Wie ist der aktuelle Zeitplan für die seit Jahren angekündigte Entschärfung dieses Skandals? Perski richtete sie dann schriftlich an Bürgermeister Pesch. Doch auch von dort, wie gesagt, seit sieben Monaten keine Antwort. So, findet der Mann, könne man nicht mit Bürgern umgehen – abgesehen davon, dass sie gemäß Informationsfreiheitsgesetz ein Anrecht auf Auskünfte haben.

Auf Anfrage der Wochenblatt-Redaktion sagte Christian Stollenwerk, Abteilung-

leiter im Bürgermeisterbüro zu, dass Perski kurzfristig eine Antwort erhalten werde. Er sei davon ausgegangen, dass die Sache erledigt sei.

Warum wird Radweg nicht fertig gebaut?

Lücken im Radwegenetz sind nichts allzu Ungewöhnliches. Dieser spezielle Fall schon. Beim Bau der Balcke-Dürr-Allee vor nicht viel mehr als einem Jahrzehnt wurde durchaus auch ein halbwegs passabler Radweg gebaut und ausgeschildert. Nur an einer Stelle kurz hinter dem Kreisel an der Mettmanner Straße weist ein Schild auf das Ende des Radwegs hin, ungefähr 20 Meter lang geht es auf einem schmalen, ungepflasterten Streifen zwischen einer Betonmauer und Pollern, die den Trampelpfad zur Fahrbahn hin abschirmen weiter. Radfahrer müssen, wollen sie sich regelgerecht verhalten, entweder absteigen und schieben (schwierig auf dem schmalen Weg) oder auf die Fahrbahn ausweichen (nicht ungefährlich bei dem regen Verkehr auf der Balcke-Dürr-Allee).

Warum hat die Stadt seinerzeit überhaupt so eine schlampe Verkehrsführung errichtet, und warum löst sie das offenkundige Problem nicht? Das fragt sich Wilfried Goetz schon länger. Und er hat sich auch bei der Stadt danach erkundigt. Der Fahrradbeauftragte habe ihm mitgeteilt, der Radweg könne „aus baulichen Gründen nicht vervollständigt werden“. Das ist wiederum so nichtssagend, dass man sehr gut nachvollziehen kann, wenn sich Wilfried Goetz nicht in der Lage sieht, „diese Begründung nachzuvollziehen“.

Die Wochenblatt-Redaktion hat auch nachgefragt und eine etwas klarere Antwort erhalten. Die Stadt ist sich seinerzeit nicht mit dem Grundstückseigentümer einig geworden, und man hat den Aufwand eines Enteignungsverfahrens wegen dieses relativ marginalen Problems gescheut. Das Problem wird sich in irgendeiner Weise in den nächsten Jahren von selbst lösen. Denn die Stadt muss den kompletten Bereich rund um den Kreisverkehr umbauen.

Martinszüge nur noch auf dem Bürgersteig?

Aufgebracht ist Heinz Poerschke über einen sehr späten Brief des Ordnungsamtes in Bezug auf die Martinszüge. Er erreichte die Organi-



Plötzlich hört der Radweg auf, formal müsste man absteigen, aber de facto kann man auch vorsichtig weiterfahren.

satoren des Martinszuges der Emmauskirche in Ratingen-Süd am Tag des Umzugs selbst und wies sie an, nur Bürgersteige zu benutzen, da der Zug nicht von der Polizei begleitet werde. Dabei, so Poerschke, seien „die Anträge für die einzelnen Züge schon Monate vorher bei der Stadt gestellt und wie jedes Jahr genehmigt“ worden. „Auch Musik, Pferde, Versicherungen und Martinstüten, alles organisiert.“ Und dann dieser Brief. Dabei begleite die Polizei die so genannten „kleinen“ Martinszüge schon seit Jahren nicht mehr, es war also kein neuer Sachverhalt. Poerschke: „Da wiehert nicht nur das Pferd von St. Martin, sondern ganz laut der städtische Amtsschimmel.“ In diesem konkreten Fall durften ca. 400 Meter Talstraße nicht genutzt werden. Man sollte sich auf den teilweise nur einen Meter breiten Bürgersteig beschränken. Und Pferde dürfen gar nicht auf Gehwegen reiten. „Wohin also mit St. Martin? Auf die Straße? Oder St. Martin zu Fuß ohne Pferd?“ Jahrzehntlang habe man „mit und ohne Polizei, aber immer mit einer Zugsicherung“, die Straße benutzen können. „Will man jetzt durch bürokratische Hürden die Martinszüge so erschweren, dass sie irgendwann nicht mehr stattfinden?“, fragt Heinz Poerschke. Sarkastisch merkt er an: Dann müsse man wohl demnächst die Martinszüge als Demonstration für das Brauchtum anmelden. Dann müsse die Polizei den Zug begleiten. „In Düsseldorf dürfen sogar 100 rechte Demonstranten stundenlang die Shadowstraße blockieren – begleitet von einer Hundertschaft der Polizei.“

durch begründetes verkehrrechtlich korrektes Verhalten hat dieser Beamte einfach ignoriert und mich angewiesen, trotzdem auf den Radweg auszuweichen“, berichtet Tischler. „Ich betone ausdrücklich, dass ich auf der rechten Straßenseite mit dem gebotenen Sicherheitsabstand zur Fahrbahnkante gefahren bin und kein Hindernis darstellte.“

Dass sich der Senior in dieser Situation absolut korrekt verhalten hat, wurde ihm später sogar auf der Polizeiwache bestätigt. Wenn aber nicht einmal Polizeibeamte genau Bescheid wissen, wer soll sich dann noch mit den Verkehrsregeln für Radler auskennen? Deshalb hier noch einmal die Rechtslage: Der Radweg auf der südlichen Seite der Gerhardstraße ist ein Radweg ohne Benutzungspflicht (es gibt kein blaues Schild mit weißem Fahrradsymbol). Wer von der Düsseldorf Straße in Richtung Schützenstraße fährt, darf ihn benutzen, darf aber auch auf der Fahrbahn fahren. Wer in Gegenrichtung radelt, muss sogar die Fahrbahn benutzen.

Wir brauchen dringend mehr Politessen

Sehr gefreut hat sich Beate Knipping über den Antrag der CDU, mehr Politessen einzusetzen. „Dieser Artikel spricht mir aus der Seele“, schreibt die Wochenblatt-Leserin. Sie wohnt seit 2010 in Ratingen-West und beobachtet die Entwicklung mit Sorge. Der Begriff vom „nahezu rechtsfreien Raum“, den die CDU in ihrem Antrag benutzt habe, treffe die Situation perfekt. „Es wird geparkt, wo es nur geht: an Bushaltestellen, Gehwegen, vor dem Halteverbotsschild, auf der gezackten Linie der Feuerwehrafahrten.“

Sport am Wochenende

Adam legt Vorsitz nieder